

No. 32232

**AUSTRIA
and
SOCIALIST FEDERAL REPUBLIC
OF YUGOSLAVIA**

Agreement for the encouragement and protection of investments. Signed at Belgrade on 25 October 1989

Authentic texts: German and Serbo-Croatian.

Registered by Austria on 30 October 1995.

**AUTRICHE
et
RÉPUBLIQUE FÉDÉRATIVE SOCIALISTE
DE YOUGOSLAVIE**

Accord relatif à l'encouragement et à la protection des investissements. Signé à Belgrade le 25 octobre 1989

Textes authentiques : allemand et serbo-croate.

Enregistré par l'Autriche le 30 octobre 1995.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER SOZIALISTISCHEN FÖDERATIVEN REPUBLIK JUGOSLAWIEN ÜBER DIE FÖRDERUNG UND DEN SCHUTZ VON INVESTITIONEN

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE SOZIALISTISCHE FÖDERATIVE REPUBLIK JUGOSLAWIEN, im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,

VON DEM WUNSCH GELEITET, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen;

IN DER ERKENNTNIS, daß die Förderung und der Schutz von Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme solcher Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen leisten können,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) umfaßt der Begriff „Investition“ alle Vermögenswerte, die ein Investor einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit deren Gesetzgebung veranlagt, und zwar insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) bewegliche und unbewegliche Sachen im Eigentum des Investors sowie sonstige dingliche Rechte, wie Pfandrechte, Nutzungsrechte, Zurückbehaltungsrechte und ähnliche Rechte;
- b) Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Unternehmen;
- c) Ansprüche auf Geld, das veranlagt wurde oder aus einer Leistung, die erbracht wurde, zur Schaffung eines wirtschaftlichen Wertes in bezug zu einer Investition;
- d) Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte wie Erfinderpateute, Handelsmarken, gewerbliche Muster und Modelle sowie Gebrauchsmuster, technische Verfahren, Know-how, Handelsnamen und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen für die Gewinnung von Naturschätzen;

(2) gilt die rechtliche Erweiterung oder Veränderung einer Investition als neue Investition;

(3) bezeichnet der Begriff „Investor“:

- a) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei besitzt und in Übereinstimmung mit deren Gesetzgebung im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- b) jede juristische Person oder Personengesellschaft des Handelsrechts, die in Übereinstimmung mit den Gesetzen einer Vertragspartei errichtet wurde, ihren Sitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

(4) bezeichnet der Begriff „Ertrag“ diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt, und umfaßt insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinne, Zinsen, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere ähnliche Entgelte;

(5) umfaßt der Begriff „Enteignung“ jede Maßnahme der Entziehung des Eigentums oder einer Beschränkung mit gleicher Wirkung.

Artikel 2

Förderung und Schutz von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit in ihrem Hoheitsgebiet Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und behandelt sie in jedem Fall gerecht und billig.

(2) Investitionen gemäß Absatz 1 und ihre Erträge genießen den vollen Schutz dieses Abkommens. Gleiches gilt im Falle ihrer Wiederveranlagung auch für deren Erträge.

Artikel 3

Behandlung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen nicht weniger günstig als eigene Investoren und deren Investitionen oder Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(2) Die Bestimmungen dieses Abkommens können nicht dahingehend ausgelegt werden, daß

sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privilegs einzuräumen, welcher sich ergibt aus

- a) einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder der Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft;
- b) einem internationalen Abkommen, einer Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen;
- c) einer Regelung zur Erleichterung des kleinen Grenzverkehrs.

Artikel 4

Entschädigung

(1) Investitionen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse, auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß gerecht sein und dem Wert der Investition entsprechen. Die Entschädigung muß ohne ungebührliche Verzögerung geleistet werden, sie ist, falls sie nicht zu dem im rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren vorgesehenen Fälligkeitstermin gezahlt wird, bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz jenes Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Investition durchgeführt wurde, zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein.

(2) Dem Investor steht, unbeschadet des Artikels 7 dieses Abkommens, das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung sowie die Höhe und die Zahlungsmodalitäten der Entschädigung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

Artikel 5

Überweisungen

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung den freien Transfer in frei konvertierbarer Währung der im Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen, insbesondere, aber nicht ausschließlich,

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Erweiterung der Investition;

- b) von Beträgen, die zur Abdeckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Investition bestimmt waren;
- c) der Erträge;
- d) der Rückzahlung von Darlehen;
- e) des Erlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Investition;
- f) einer Entschädigung gemäß Artikel 4.

(2) Die Überweisungen gemäß diesem Artikel erfolgen zu den Wechselkursen, die am Tage der Überweisung gelten.

(3) Die Wechselkurse werden gemäß den Vorschriften jener Vertragspartei, aus deren Hoheitsgebiet der Transfer erfolgt, festgelegt. Die Bankgebühren werden gerecht und angemessen sein.

Artikel 6

Eintrittsrecht

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hiezu ermächtigte Institution ihrem Investor Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 7, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 und Artikel 5 sinngemäß.

Artikel 7

Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

(1) Entstehen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition, so werden diese so weit wie möglich zwischen den Streitparteien durch freundschaftliche Verhandlungen beigelegt.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von drei Monaten beigelegt werden, so kann die Meinungsverschiedenheit zur Durchführung eines Vergleichsverfahrens oder eines Schiedsverfahrens dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten unterbreitet werden, welches durch die Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten, die am 18. März 1965 in Washington zur Unterzeichnung aufgelegt wurde,

geschaffen wurde. Im Falle eines Schiedsverfahrens stimmt jede Vertragspartei auch ohne Vorliegen einer individuellen Schiedsvereinbarung zwischen einer Vertragspartei und einem Investor durch dieses Abkommen unwiderruflich im vorhinein zu, solche Meinungsverschiedenheiten dem Zentrum zu unterbreiten und den Schiedsspruch als bindend anzuerkennen. Diese Zustimmung beinhaltet den Verzicht auf das Erfordernis, daß das innerstaatliche Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren erschöpft worden ist.

(3) Eine Vertragspartei, die Streitpartei ist, macht in keinem Stadium des Vergleichs- oder Schiedsverfahrens oder der Durchsetzung eines Schiedsspruchs als Einwand geltend, daß der Investor, der die andere Streitpartei bildet, auf Grund einer Garantie bezüglich einiger oder aller seiner Verluste eine Entschädigung erhalten habe.

Artikel 8

Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit wie möglich, durch freundschaftliche Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 innerhalb von sechs Monaten nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf eine dritte Person, die jedoch nicht Staatsbürger einer der beiden Vertragsparteien sein darf, als Vorsitzenden einigen. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will, der Vorsitzende innerhalb von weiteren zwei Monaten zu bestellen.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

Besitz der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so kann der Vizepräsident oder, im Falle seiner Verhinderung, das dienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes unter denselben Voraussetzungen eingeladen werden, die Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Im übrigen regelt es sein Verfahren selbst.

(6) Die Entscheidung des Schiedsgerichtes ist endgültig und bindend.

(7) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer Vertretung in dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht kann jedoch in seiner Entscheidung eine andere Kostenregelung treffen.

Artikel 9

Anwendung dieses Abkommens

Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben.

Artikel 10

Inkrafttreten und Dauer

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tage des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in welchem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind.

(2) Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf wird es auf unbegrenzte Zeit verlängert, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien das Abkommen zwölf Monate vor seinem Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann das Abkommen jederzeit von jeder der beiden Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Investitionen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 9 noch für weitere zehn Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Abkommens an

GESCHEHEN zu Belgrad, am 25. Oktober 1989, in zwei Urschriften, jede in deutscher und serbokroatischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Republik
Österreich:

LEIFER

Für die Sozialistische Föderative Republik
Jugoslawien:

ŠKAPIN

[SERBO-CROATIAN TEXT — TEXTE SERBO-CROATE]

SPORAZUM IZMEDJU REPUBLIKE AUSTRIJE I SOCIJALISTIČKE
FEDERATIVNE REPUBLIKE JUGOSLAVIJE O PODSTICANJU
I ZAŠTITI STRANIH ULAGANJA

REPUBLIKA AUSTRIJA I SOCIJALISTIČKA
FEDERATIVNA REPUBLIKA JUGOSLAVIJA (u
daljem tekstu: strane ugovornice).

U ŽELJI DA STVORE POVOLJNE usiove za
veću privrednu saradnju između strana ugovornica,

UVERENE DA PODSTICANJE i zaštita stranih
ulaganja može doprineti jačanju spremnosti za
ulaganje i time da daju značajan doprinos razvoju
privrednih odnosa između strana ugovornica.

SPORAZUMELE SU SE O SLEDEĆEM:

Član 1.

Definicije

U smislu ovog sporazuma:

(1) Pod izrazom »ulaganje« podrazumevaju se
sve imovinske vrednosti, koje ulagač jedne strane
ugovornice uloži na teritoriji druge strane ugovor-
nice, u skladu sa njenim nacionalnim propisima,
posebno, ali ne i isključivo:

- a) pokretne i nepokretne stvari u svojini ulagača,
kao i ostala stvarna prava, kao što su: založno
pravo, pravo plodouživanja, pravo pridržaja i
slična prava;
- b) ulaganja u akcije, kao i druge slične vrste
ulaganja;
- c) pravo na potraživanje novca koji je uložen ili
od usluge, koja je izvršena radi stvaranja
ekonomske vrednosti u vezi sa nekom
investicijom;
- d) autorska prava, prava industrijske svojine, kao
što su: patenti, zaštitni znak, industrijski
uzorci i modeli, tehnički postupci, znanje,
trgovački nazivi i renome;
- e) javno-pravne koncesije za eksploataciju pri-
rodnih bogatstava.

(2) Proširenje ili promena namene ulaganja
smatra se novim ulaganjem.

(3) Pod izrazom »ulagač« podrazumeva se:

- a) fizičko lice koje ima državljanstvo strane
ugovornice i koje u skladu sa nacionalnim
propisima te strane ugovornice ulaze na
teritoriji druge strane ugovornice;

b) pravno lice ili udruženje fizičkih lica sa
pravom obavljanja trgovinske delatnosti, koje
je osnovano u skladu sa nacionalnim propi-
sima strane ugovornice, koja imaju sedište na
teritoriji jedne strane ugovornice i ulazu na
teritoriji druge strane ugovornice.

(4) Pod izrazom »prihodi« podrazumevaju se
iznosi koje donosi ulaganje, naročito ali ne i
isključivo: dobit, kamata, dividende, autorski
honorari, naknade za licence, kao i druge slične
naknade;

(5) Pod pojmom »eksproprijacija« podrazumeva
se svaka mera oduzimanja ili ograničavanja svojine
sa istim dejstvom kao eksproprijacija.

Član 2.

Podsticanje i zaštita stranih ulaganja

(1) Strana ugovornica podstiče, u skladu sa svojim
mogućnostima, na svojoj teritoriji ulaganja ulagača
druge strane ugovornice, odobrava ih u skladu sa
svojim propisima i tretira ih na pravičan i
ravnopravan način.

(2) Ulaganja iz stava 1. ovog člana, kao i prihodi
od tih ulaganja, uživaju punu zaštitu ovog
sporazuma. Isto važi i za reinvestirana sredstva i
prihode od reinvestiranih sredstava

Član 3.

Tretman ulaganja

(1) Svaka strana ugovornica tretiraće ulagače
druge strane ugovornice i njihova ulaganja ne manje
povoljno od sopstvenih ulagača i njihovih ulaganja
odnosno od ulagača trećih zemalja i njihovih
ulaganja.

(2) Odredbe ovog Sporazuma ne mogu se
tumačiti tako da se jedna strana ugovornica
obavezuje da ulagačima i ulaganjima druge strane
ugovornice prizna sadašnje ili buduće pogodnosti,
preferencijale ili privilegije, koje proizilaze iz:

- a) carinske unije, zajedničkog tržišta, slobodne
trgovinske zone ili pripadnosti jednoj eko-
nomskoj zajednici;

- b) međunarodnog sporazuma, aranžmana ili nacionalnog zakona u vezi sa oporezivanjem;
- c) propisa o olakšanju malo-graničnog prometa.

Član 4.

Obeštećenje

(1) Ulaganja ulagača jedne strane ugovornice mogu se eksproprisati na teritoriji druge strane ugovornice samo u opštem interesu, u postupku i u skladu sa nacionalnim propisima i uz obeštećenje. Obeštećenje mora biti pravilno i da odgovara vrednosti ulaganja. Obeštećenje mora da se izvrši bez neopravdanog oduzimanja; ukoliko isplata ne bude izvršena u roku utvrđenom u pravosudno okončanom postupku plaća se uobičajena bankarska kamata strane ugovornice na cijoj je teritoriji izvršeno ulaganje; obeštećenje mora biti stvarno ostvarljivo i slobodno transferabilno. Najkasnije u trenutku eksproprijacije mora biti propisan način utvrđivanja i plaćanja obeštećenja.

(2) Ulagáč ima pravo, bez obzira na član 7 ovog Sporazuma, da preko nadležnog organa strane ugovornice koja je inicirala eksproprijaciju proveri zakonitost eksproprijacije, visinu obeštećenja i modalitete plaćanja.

Član 5.

Transferi

(1) Svaka strana ugovornica garantuje ulagačima druge strane ugovornice slobodan transfer u konvertibilnoj valuti plaćanja u vezi sa ulaganjem, naročito, ali ne i isključivo:

- a) kapitala i dodatnih iznosa potrebnih za održavanje ili proširenje ulaganja;
- b) iznosa koji su namenjeni za pokrivanje izdataka za upravljanje ulaganjem;
- c) prihoda;
- d) otplatu kredita;
- e) sredstva od potpune ili delimične likvidacije ili otuđenja ulaganja;
- f) obeštećenje iz člana 4. ovog Sporazuma.

(2) Transferi iz ovog člana se vrše po kursovima koji važe na dan transfera.

(3) Kursevi se određuju prema propisima strane ugovornice iz koje se vrši transfer. Bankarski troškovi treba da budu pravilni i odgovarajući.

Član 6.

Subrogacija

Ako jedna strana ugovornica, ili institucija koju je ona ovlastila, isplati obeštećenje svom ulagaču po osnovu garancije za ulaganje na teritoriji druge

ugovorne strane, druga ugovorna strana će, bez povrede prava ulagača prvo navedene strane ugovornice iz člana 7 ovog Sporazuma, priznati prenošenje svih prava ili zahteva ulagača po sili zakona ili na osnovu pravnog posla na prvo navedenu stranu ugovornicu. Za transfer plaćanja, koja se vrše odnosnoj strani ugovornici po osnovu prenetih prava, isto tako važe odredbe člana 4. i člana 5. ovog Sporazuma.

Član 7.

Rešavanje sporova u vezi sa ulaganjem

(1) Ako između jedne strane ugovornice i ulagača druge strane ugovornice dođe do spora, one će isti pokušati, ukoliko je to moguće, da reše prijateljskim pregovorima.

(2) Ako spor iz stava 1. ovog člana ne može da se reši u roku od tri meseca, isti se može rešiti u postupku poravnjanja ili arbitražom pred Međunarodnim centrom za rešavanje investicionih sporova, koji je osnovan Konvencijom o rešavanju investicionih sporova između država i državljanina drugih država, koja je potpisana u Vašingtonu 18. marta 1965.g. U slučaju arbitražnog postupka svaka ugovorna strana, i bez postojanja dogovora o arbitraži između strane ugovornice i ulagača ovim sporazumom je neopozivo unapred saglasna da se takvi sporovi iznose pred Centar i da se arbitražna presuda prizna kao obavezujuća. Ova saglasnost sadrži odricanje od zahteva da se iskoristi nacionalni upravni ili sudski postupak.

(3) Strana ugovornica, koja je stranka u sporu neće prigovoriti, ni u jednoj fazi postupka poravnjanja ili arbitraže, ili kod sprovođenja odluke arbitraže, da je ulagač, koji je druga strana u sporu, primio delimično ili u celini obeštećenje svojih gubitaka na osnovu garancije.

Član 8.

Sporovi između strana ugovornica

(1) Sporovi između strana ugovornica u vezi sa tumačenjem ili primenom ovog Sporazuma, rešavaće se, ukoliko je to moguće, prijateljskim pregovorima.

(2) Ako spor ne može da se reši u smislu stava 1. ovog člana u roku od šest meseci, on se na zahtev jedne strane dostavlja arbitražnom sudu.

(3) Arbitražni sud se osniva od slučaja do slučaja, s tim da svaka strana ugovornica imenuje po jednog člana, a oba člana zajednički imenuju trećeg člana za predsedavajućeg koji ne može biti državljanin ni jedne od strana ugovornica. Članovi se imenuju u roku od dva meseca nakon što je jedna strana

ugovornica saopštila drugoj da spor hoće da iznese arbitražnom sudu; predsedavajući će se imenovati u roku od naredna dva meseca

(4) U slučaju nepridržavanja rokova iz stava 3. ovog člana, svaka strana ugovornica, u nedostatku drugog sporazuma može da zamoli predsednika Međunarodnog suda pravde da izvrši potrebna imenovanja. Ako je predsednik Međunarodnog suda pravde državljanin jedne od strana ugovornica, ili je iz nekog drugog razloga sprečen, onda potpredsednik, ili ako je i on sprečen, najstariji član Međunarodnog suda pravde, može biti pozvan da pod istim uslovima izvrši imenovanja.

(5) Arbitražni sud donosi odluku većinom glasova i utvrđuje postupak po kome će se raditi.

(6) Odluka arbitražnog suda je konačna i obavezujuća.

(7) Svaka strana ugovornica snosi troškove za svoga člana i njegovog zastupanja u arbitražnom postupku. Troškove predsedavajućeg, kao i ostale troškove, snose u jednakim delovima strane ugovornice. Sud može, međutim, utvrditi i drugo rešenje za snošenje troškova.

Član 9.

Primena sporazuma

Ovaj sporazum važi za ulaganja koja su izvršili ulagači jedne strane ugovornice u skladu sa propisima druge strane ugovornice na njenoj

teritoriji kako za ona ulaganja koja su izvršena pre, tako i za ona koja su izvršena posle stupanja na snagu ovog sporazuma.

Član 10.

Stupanje na snagu i trajanje

(1) Ovaj sporazum podleže ratifikaciji i stupa na snagu prvog dana trećeg meseca koji sledi mesecu u kome su razmenjeni ratifikacioni dokumenti.

(2) Ovaj sporazum ostaje na snazi deset godina. Posle isteka ovog roka važnost sporazuma se produžava na neodređeno vreme, osim ako jedna strana ugovornica pismeno ne otkáže sporazum godinu dana pre isteka roka. Posle isteka perioda od deset godina ovaj sporazum može biti otkazan od strane svake strane ugovornice u svako doba uz pridržavanje otkaznog roka od dvanaest meseci.

(3) Za ulaganja koja su izvršena do trenutka prestanka važenja ovog sporazuma čl.1. do 9. važe za narednih deset godina računajući od dana prestanka važnosti ovog sporazuma.

SACINJENO u Beogradu, dana 25. Oktobra 1989 u dva originala, jedan na nemačkom i drugi na srpskohrvatskom jeziku, s tim da je svaki tekst autentičan.

Za Republiku
Austriju:

LEIFER

Za SFR
Jugoslaviju:

ŠKAPIN

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND
THE SOCIALIST FEDERAL REPUBLIC OF YUGOSLAVIA CON-
CERNING THE ENCOURAGEMENT AND PROTECTION OF IN-
VESTMENTS

The Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, hereinafter referred to as the “Contracting Parties”,

Desiring to create favourable conditions for intensified economic cooperation between the Contracting Parties,

Recognizing that the promotion and protection of investments can enhance the willingness to undertake such investments and thereby make an important contribution to the development of economic relations,

Have agreed as follows:

Article 1

DEFINITIONS

For the purposes of this Agreement:

(1) The term “investments” covers all assets that are invested by an investor of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party in accordance with its legislation and, in particular, although not exclusively:

(a) Movable and immovable property owned by the investor as well as other rights *in rem* such as pledges, usufructs, liens and similar rights;

(b) Shares and other forms of participation in companies;

(c) Claims to money that was handed over to service that has been made for the purpose of creating economic value in relation to an investment;

(d) Copyrights, industrial property rights, such as patents, trademarks, industrial designs and models as well as utility models, technical processes, know-how, trade names and goodwill;

(e) Concessions under public law to exploit natural resources;

(2) The legal extension or alteration of an investment shall constitute a new investment;

(3) The term “investor” means:

(a) Any individual who is a national of one Contracting Party and makes an investment in accordance with its legislation in the territory of the other Contracting Party;

(b) Any body corporate or company under commercial law constituted in accordance with the laws of a Contracting Party and having its headquarters in the

¹ Came into force on 1 June 1991, i.e., the first day of the third month following the month of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Vienna on 8 March 1991, in accordance with article 10 (1).

territory of that Contracting Party, which makes an investment in the territory of the other Contracting Party;

(4) The term “returns” means the amounts yielded by an investment, including in particular, although not exclusively, profits, interest, dividends, share profits, royalties and other like remuneration;

(5) The term “expropriation” covers any measure of alienation of ownership or a restriction having equivalent effect.

Article 2

PROMOTION AND PROTECTION OF INVESTMENTS

(1) Each Contracting Party shall as far as possible promote investments in its territory by investors from the other Contracting Party, permitting such investments in accordance with its legislation and in all cases according them just and equitable treatment.

(2) Investments made in accordance with paragraph 1 and their returns shall enjoy the full protection of this Agreement. In the case of reinvestment of such returns, the same shall apply to returns thereon.

Article 3

TREATMENT OF INVESTMENTS

(1) Each Contracting Party shall accord to investors of the other Contracting Party and to their investments treatment no less favourable than that accorded to its own investors and their investments or to the investors of third States and their investments.

(2) The provisions of this Agreement may not be construed as obliging one Contracting Party to extend to the investors of the other Contracting Party and their investments the present or future benefit of any treatment, preference or privilege resulting from:

(a) A customs union, a common market, a free trade area or membership in an economic community;

(b) An international convention, an agreement or domestic legislation concerning tax matters;

(c) An arrangement to facilitate minor frontier traffic.

Article 4

COMPENSATION

(1) Investments by investors of one Contracting Party may be expropriated in the territory of the other Contracting Party only in the public interest, on the basis of a legal procedure under domestic legislation and against compensation. Such compensation shall be equitable and shall correspond to the value of the investment. The compensation shall be paid without undue delay and shall, if not paid within the time limit stipulated in accordance with legal procedure, bear interest until it is paid at the customary bank rate of interest in the State in whose territory the investment was made; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provision for the

determination and payment of such compensation shall be made in an appropriate manner no later than the date of expropriation.

(2) The investor shall be entitled, notwithstanding article 7 of this Agreement, to have the legality of the expropriation as well as the amount of and arrangements for paying the compensation reviewed by the competent authorities of the Contracting Party which instituted the expropriation.

Article 5

TRANSFERS

(1) Each Contracting Party shall guarantee to investors of the other Contracting Party the free transfer, without undue delay and in freely convertible currency, of payments in connection with an investment and, in particular, although not exclusively:

(a) Capital and any additional amounts for the maintenance or extension of the investment;

(b) Amounts assigned to cover expenses in connection with the management of the investment;

(c) Returns;

(d) Loan repayments;

(e) Proceeds from the total or partial liquidation or sale of the investment;

(f) Compensation in accordance with article 4.

(2) Transfers in accordance with this article shall be made at the exchange rates prevailing on the date of the transfer.

(3) Exchange rates shall be determined in accordance with the laws of the Contracting Party on whose territory the transfer is effected. The bank charges shall be fair and reasonable.

Article 6

SUBROGATION

If a Contracting Party, or an institution authorized by it for that purpose, makes payments to its own investor on the basis of a guarantee for an investment in the territory of the other Contracting Party, that other Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the investor of the first-mentioned Contracting Party under article 7, recognize the assignment of all rights and claims of the investor to the first-mentioned Contracting Party by operation of law or on the basis of a legal transaction. Articles 4 and 5 shall apply *mutatis mutandis* to the transfer of payments to be made to the Contracting Party in question on the basis of the assigned claims.

Article 7

SETTLEMENT OF DISPUTES CONCERNING INVESTMENTS

(1) If disputes should arise between one Contracting Party and an investor of the other Contracting Party concerning an investment, they shall as far as possible be settled between the parties to the dispute through amicable negotiations.

(2) If a dispute within the meaning of paragraph 1 cannot be settled within three months, it may be referred for conciliation or arbitration proceedings to the International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID) established pursuant to the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States opened for signature at Washington on 18 March 1965.¹ In the case of arbitration proceedings, each Contracting Party irrevocably agrees, through this Agreement, and including in the absence of an individual arbitration arrangement between a Contracting Party and an investor, to submit such disputes to the Centre and to recognize the award as binding. Such agreement shall involve waiving the requirement for domestic administrative and legal remedies to have been exhausted.

(3) A Contracting Party which is a party to a dispute shall at no stage in the conciliation or arbitration proceedings or in the execution of the arbitral award raise an objection on the grounds that the investor who is the other party to the dispute has already received compensation for all or part of his losses under a guarantee.

Article 8

DISPUTES BETWEEN THE CONTRACTING PARTIES

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled by amicable negotiations.

(2) If a dispute referred to in paragraph 1 cannot be settled within six months, it shall, at the request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal.

(3) The arbitral tribunal shall be constituted on an *ad hoc* basis; each Contracting Party shall appoint one member and the two members shall agree on a third person as chairman, who shall not be a national of either Contracting Party. The members shall be appointed within two months following the date on which one Contracting Party notifies the other that it intends to submit the dispute to an arbitral tribunal, and the chairman shall be appointed within a further two months.

(4) If the time limits stipulated in paragraph 3 have not been observed, and in the absence of any other arrangement, either Contracting Party may request the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President of the International Court of Justice is a national of either Contracting Party or if he is unable to act for any other reason, the Vice-President or, if he is unable to act, the longest-serving member of the International Court of Justice may be invited, under the same conditions, to make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall decide by majority vote. It shall establish its own rules of procedure.

(6) The ruling of the arbitral tribunal shall be final and binding.

(7) Each Contracting Party shall bear the costs of its own member and of its legal representation in the arbitration proceedings. The costs of the chairman and any other costs shall be shared equally between both Contracting Parties. The tribunal may, however, determine a different allocation of costs in its award.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 575, p. 159.

Article 9

APPLICATION OF THIS AGREEMENT

This Agreement shall apply to investments made by investors of one of the Contracting Parties in the territory of the other Contracting Party and in accordance with its legislation either before or after the entry into force of this Agreement.

Article 10

ENTRY INTO FORCE AND DURATION

(1) This Agreement is subject to ratification and shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the instruments of ratification have been exchanged.

(2) The Agreement shall remain in force for 10 years; it shall be extended for an indefinite period thereafter, unless either of the Contracting Parties denounces it in writing 12 months before its expiration. This Agreement may be denounced by either Contracting Party at any time after its expiration subject to 12 months' prior notice.

(3) For investments made prior to the termination of this Agreement, articles 1 to 9 shall apply for a further ten years from the date of termination of the Agreement.

DONE at Belgrade on 25 October 1989, in two originals in the German and Serbo-Croatian languages, both texts being equally authentic.

For the Republic
of Austria:

LEIFER

For the Socialist Federal Republic
of Yugoslavia:

ŠKAPIN

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRATIVE SOCIALISTE DE YOUGOSLAVIE RELATIF À L'ENCOURAGEMENT ET À LA PROTECTION DES INVESTISSEMENTS

La République d'Autriche et la République socialiste fédérative de Yougoslavie, ci-après dénommées « les Parties contractantes »,

Désireuses d'instaurer des conditions favorables à l'accroissement de la coopération économique entre elles,

Reconnaissant que l'encouragement et la protection des investissements peuvent renforcer la disposition à réaliser de tels investissements et apporter ainsi une contribution importante au développement des relations économiques,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

DÉFINITIONS

Aux fins du présent Accord :

1. Le mot « investissement » désigne toutes les valeurs en capital dont un investisseur d'une des Parties contractantes dispose sur le territoire de l'autre Partie conformément à la législation de celle-ci, en particulier mais non exclusivement :

a) La propriété de biens mobiliers et immobiliers et autres droits réels tels qu'hypothèques, droits de gage, droits de jouissance, droits de rétention et droits analogues;

b) Les droits de participation et les autres types de participation à des entreprises;

c) Les droits sur des sommes d'argent remises en vue de créer une valeur économique ou les droits sur des prestations ayant une valeur économique;

d) Les droits d'auteur, les droits de protection industrielle tels que les brevets d'invention, les marques commerciales, les dessins et modèles industriels, ainsi que les modèles déposés, les procédés techniques, le savoir-faire, les noms commerciaux et la clientèle;

e) Les concessions de droit public relatives à l'extraction de ressources naturelles.

2. L'accroissement ou la modification d'un investissement conformément au droit est réputé constituer un nouvel investissement.

3. Le mot « investisseurs » désigne :

a) Toute personne physique qui possède la nationalité de l'une des Parties contractantes et qui, conformément à sa législation, effectue un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;

¹ Entré en vigueur le 1^{er} juin 1991, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi le mois de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Vienne le 8 mars 1991, conformément au paragraphe 1 de l'article 10.

b) Toute personne morale ou société de personnes du droit international constituée conformément à la législation de l'une des Parties contractantes, qui a son siège sur le territoire de cette Partie et effectue un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante.

4. Le mot « produits » désigne les montants que rapporte un investissement, en particulier mais non exclusivement les bénéfices, les intérêts, les dividendes, les tantièmes, les droits de licence et les autres rémunérations analogues.

5. Le mot « expropriation » comprend aussi toutes les mesures de privation d'une propriété ou toute limitation ayant un effet identique.

Article 2

ENCOURAGEMENT ET PROTECTION DES INVESTISSEMENTS

1. Chacune des Parties contractantes encourage dans toute la mesure du possible les investissements, sur son territoire, des investisseurs de l'autre Partie contractante, les autorise conformément à sa législation et les traite dans tous les cas de manière juste et équitable.

2. Les investissements visés au paragraphe 1 du présent article et leurs produits jouissent de l'entière protection prévue par le présent Accord. Il en va de même des produits dans l'hypothèse d'un réinvestissement.

Article 3

TRAITEMENT DES INVESTISSEMENTS

1. Chacune des Parties contractantes traite les investisseurs de l'autre Partie contractante et leurs investissements de manière au moins aussi favorable que ses propres investisseurs et leurs investissements ou que les investisseurs d'États tiers et leurs investissements.

2. Les dispositions du présent Accord ne peuvent être interprétées comme faisant obligation à l'une des Parties contractantes d'accorder aux investisseurs de l'autre Partie contractante et à leurs investissements un quelconque avantage, présent ou futur, en matière de traitement, de préférence ou de privilège résultant :

a) D'une union douanière, d'un marché commun, d'une zone de libre-échange ou de l'appartenance à une communauté économique;

b) D'un accord international, d'une convention ou de dispositions de droit interne en matière fiscale;

c) De réglementations conçues pour faciliter le trafic frontalier.

Article 4

INDEMNISATION

1. Les investisseurs de l'une des Parties contractantes ne peuvent être expropriés de leurs investissements sur le territoire de l'autre Partie contractante que dans l'intérêt public, en vertu d'une procédure judiciaire et contre indemnisation. Cette indemnisation doit être juste et correspondre à la valeur de l'investissement. Elle doit être versée sans délai injustifié. Si elle n'est pas payée à la date prévue à l'issue d'une procédure ayant force de droit, être assortie d'un intérêt conforme au taux

bancaire habituel de l'Etat sur le territoire duquel l'investissement a été effectué; elle doit être effectivement réalisable et librement transférable. Des dispositions appropriées concernant la détermination et le versement de l'indemnisation sont prises au plus tard lors de l'expropriation.

2. Indépendamment des dispositions de l'article 7 du présent Accord, l'investisseur a le droit de faire vérifier le montant de l'indemnisation et les modalités de son paiement par les organes compétents de la Partie contractante qui est à l'origine de l'expropriation.

Article 5

TRANSFERTS

1. Chacune des Parties contractantes autorise sans délai injustifié les investisseurs de l'autre Partie contractante à transférer librement, en devises librement convertibles, les paiements qui se rapportent à un investissement, en particulier mais non exclusivement :

a) Du capital et des montants complémentaires nécessaires au maintien ou à l'extension de l'investissement;

b) Des montants qui doivent servir à payer les dépenses afférentes à la gestion de l'investissement;

c) Des produits;

d) Des remboursements d'emprunts;

e) Du produit de la liquidation ou de la cession, totale ou partielle, de l'investissement;

f) Des indemnisations visées à l'article 4 du présent Accord.

2. Les transferts visés au présent article se font au cours en vigueur le jour du transfert sur le territoire de la Partie contractante qui est à l'origine de celui-ci.

3. Les taux de change sont fixés par la cotation aux bourses de change situées sur le territoire de chaque Partie contractante ou d'après le système bancaire respectif établi sur le territoire de chacune des Parties contractantes. Les commissions bancaires sont justes et équitables.

Article 6

DROIT DE SUBROGATION

Si une Partie contractante ou une institution habilitée par elle effectue, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, des versements à un investisseur, cette dernière reconnaît, sans préjudice des droits de l'investisseur de la première Partie contractante résultant des dispositions de l'article 8 du présent Accord et des droits de cette Partie contractante aux termes de l'article 9, le transfert à cette Partie contractante de tous les droits et prétentions de cet investisseur, sur la base de la législation en vigueur ou d'un acte juridique. L'autre Partie contractante reconnaît également le droit de subrogation de la première Partie contractante à tous les droits et prétentions que cette Partie sera habilitée à exercer de la même manière que son prédécesseur en titre. Les articles 4 et 5 du présent Accord s'appliquent *mutatis mutandis* en ce qui concerne le transfert

des paiements à effectuer à la Partie contractante concernée au titre des prétentions transmises.

Article 7

RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS EN MATIÈRE D'INVESTISSEMENT

1. Les différends qui pourraient surgir au sujet d'un investissement entre une Partie contractante et un investisseur de l'autre Partie contractante seront dans toute la mesure possible réglés à l'amiable entre les parties au différend.

2. Les différends au sens du paragraphe 1 du présent article qui ne peuvent pas être réglés dans un délai de trois mois peuvent être soumis, aux fins de compromis ou d'arbitrage, au Centre international pour le règlement des différends relatifs aux investissements (CIRDI), qui a été créé par la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États, ouverte à la signature à Washington, le 18 mars 1965¹. En cas de procédure d'arbitrage, chaque Partie contractante s'engage d'avance irrévocablement par le présent Accord, même en l'absence de convention individuelle d'arbitrage entre elle et l'investisseur, à soumettre de tels différends au CIRDI et à reconnaître la décision de celui-ci comme s'imposant à elle. Cet engagement constitue une renonciation à l'exigence de l'épuisement des recours administratifs et judiciaires internes.

3. Une Partie contractante qui est partie au différend n'invoque à aucun stade du règlement du différend ou de la procédure arbitrale ou de l'exécution d'une décision arbitrale l'exception selon laquelle l'investisseur, qui est l'autre partie au différend, a perçu en vertu d'une garantie une indemnisation pour tout ou partie de ses pertes.

Article 8

RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS ENTRE LES PARTIES CONTRACTANTES

1. Les divergences de vues entre les Parties contractantes relatives à l'interprétation ou à l'application du présent Accord sont, dans la mesure du possible, réglées par des négociations à l'amiable.

2. Les divergences de vues au sens du paragraphe 1 du présent article qui ne peuvent pas être réglées dans un délai de six mois, sont soumises à un tribunal arbitral à la demande de l'une des deux Parties contractantes.

3. Le tribunal arbitral est constitué spécialement dans chaque cas : chacune des Parties contractantes désigne un membre et les deux membres désignent d'un commun accord une tierce personne qui ne doit être ressortissant ni de l'un ni de l'autre, et qui est le Président du tribunal. Les membres du tribunal sont désignés dans les deux mois qui suivent la date à laquelle l'une des Parties contractantes a fait connaître à l'autre son intention de soumettre la divergence de vues à un tribunal arbitral, et le Président dans les deux mois suivants.

4. Si les délais visés au paragraphe 3 du présent article ne sont pas respectés, chacune des Parties contractantes peut, faute d'un autre arrangement, prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.

Si le Président de la Cour internationale de Justice est ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est autrement empêché, le Vice-Président ou, en cas d'empêchement, le membre le plus ancien de la Cour internationale de Justice est invité dans les mêmes conditions à procéder aux nominations.

5. Le tribunal arbitral arrête lui-même son règlement intérieur.

6. La décision du tribunal arbitral est définitive et s'impose aux parties.

7. Chaque Partie contractante supporte les frais de son arbitre et de ses représentants à la procédure arbitrale; les frais du Président et les autres frais sont répartis à égalité entre les deux Parties contractantes. Le tribunal peut toutefois déterminer un autre mode de répartition des frais dans sa décision.

Article 9

APPLICATION DU PRÉSENT ACCORD

Le présent Accord s'applique aux investissements déjà effectués ou qui seront effectués à l'avenir par les investisseurs d'une Partie contractante, avant ou après l'entrée en vigueur du présent Accord, sur le territoire de l'autre Partie contractante et conformément à la législation de cette dernière.

Article 10

ENTRÉE EN VIGUEUR ET DURÉE DE VALIDITÉ

1. Le présent Accord est soumis à ratification et entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant celui où les instruments de ratification auront été échangés.

2. Le présent Accord demeurera en vigueur pendant dix ans; à l'expiration de ce délai, il sera prorogé de dix autres années à moins que l'une des Parties contractante ne le dénonce par écrit douze mois auparavant. A l'issue de ces dix ans, il pourra être dénoncé, à tout moment, par écrit par l'une ou l'autre des Parties contractantes, avec un préavis de 12 mois.

3. En ce qui concerne les investissements effectués jusqu'à la date d'expiration du présent Accord, les dispositions des articles 1 à 9 s'appliqueront encore pendant 10 ans à compter de cette date.

FAIT à Belgrade, le 25 octobre 1989, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et serbo-croate, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
d'Autriche :

LEIFER

Pour la République socialiste fédérative
de Yougoslavie :

ŠKAPIN